

Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe



Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe empfiehlt Ihnen in der November-Session 2024 wie folgt abzustimmen:

Annahme des Beschlusentwurfs: 3. VI 181/2024: Gesetzesinitiative «Mindestlohn-Initiative» (Ablehnung der Volksinitiative)

Begründung: Bei einer Annahme der Mindestlohn-Initiative wären Betriebe gezwungen, weniger Personal zu beschäftigen oder zu verlagern, Aufgaben komplett zu streichen oder Preise zu erhöhen. Statt Armut zu bekämpfen, gefährdet die Initiative Arbeitsplätze und trifft vor allem Arbeitsplätze mit einfachen und repetitiven Tätigkeiten. Viel sinnvoller wäre es, Menschen beim Erwerb von besseren Qualifikationen zu unterstützen, damit sie langfristig der Armutsfalle entkommen können. Den schweizweit zweithöchsten kantonalen Mindestlohn einzuführen, würde die Solothurner Wirtschaft empfindlich schwächen.

Nichterheblicherklärung: 5. A 197/2023: Auftrag Remo Bill (SP, Grenchen): Ein flächendeckendes Bauinventar erstellen und Mechanismen für die regelmässige Überprüfung von Bauten jüngerer Generationen installieren

Begründung: Die Führung eines weiteren Bauinventars auf Kantonsebene führt unweigerlich zu einem steigenden Personalbedarf beim Kanton. Der vorliegende Auftrag ist zudem sehr offengehalten und der Vorstand der PG W + G sieht die Gefahr gegeben, dass auch Geschäftsgebäude (wie beispielsweise eine Papierfabrik) unter Schutz gestellt und danach in einer Umnutzung eingeschränkt werden. Für den Vorstand ist entscheidend, dass dieser Auftrag für Firmen eine Weiterentwicklung oder Umnutzung ihrer Gebäude nicht noch komplizierter macht.

Nichterheblicherklärung: 6. A 233/2023: Auftrag fraktionsübergreifend: Aufhebung der Altersgrenze des jüngsten Kindes bei der Familienergänzungsleistung (FamEL)

Begründung: Die Vorlage führt zu massiven Zusatzkosten bei der Wirtschaft, beim Kanton und den Gemeinden. Dabei ist der Kanton bereits sehr familienfreundlich und einer von vier Kantonen, die überhaupt FamEL haben. Die genaue Kostensteigerung aufgrund einer Erhöhung der Altersgrenze bei der FamEL ist aktuell kaum zu prognostizieren, wird jedoch erheblich sein, da

mehr als ein Drittel der FamEL aufgrund des Erreichens der Altersgrenze des Kindes eingestellt wird und mit der Erhöhung die potenzielle Verweildauer verdoppelt sowie die potenzielle Zielgruppe massgeblich erweitert wird. Der Vorstand teilt deshalb die Meinung des Regierungsrates. Mit der kürzlich in Kraft getretenen Gesetzesrevision wurde die Anrechenbarkeit der externen Kinderbetreuung bereits verbessert. Nun sollten erst die Resultate des kantonalen Armutsmonitorings abgewartet werden. Nicht zuletzt würden diese Vorstösse in Zeiten von Sparmassnahmen auch den Kanton und die Gemeinden als Arbeitgeber zusätzlich belasten.

Erheblicherklärung in der Wortlautänderung vom 29.10.2024: 11. A 271/2023: Auftrag Fraktion glp: Schaffung Steuerungsinstrument Staatspersonal

Begründung: Es handelt sich bei diesem Auftrag um einen Gegenvorschlag zur 1:85-Initiative. Die Antwort des Regierungsrates darauf erstaunt, denn die Abstimmung verlief keineswegs so klar gegen die Initiative. Um die Kosten in den Griff zu bekommen, ist es entscheidend, dass bei Geschäften nicht nur über die Finanzen gesprochen wird, sondern auch über die Personalkosten.

25. I. 114/2024: Interpellation Hardy Jäggi (SP, Recherswil): IKV2020 - reicht das Kontingent für alle Vereinslottos im Kanton Solothurn?

Begründung: Die Interpellation wirft gute und wichtige Fragen auf. Lottos und Tombolas sind in der Bevölkerung und bei Vereinen sehr beliebt. Sie spielen für viele Vereine eine bedeutende Rolle als Einnahmequelle. Gerade für Gewerbevereine sind Gewinne in Form der eigenen Gewerbevereins-Gutscheine äusserst beliebt. Der Vorstand der PG W + G anerkennt, dass mit dem WAG professionelles Lotto verboten werden soll und ein gewisses Missbrauchsrisiko besteht. Allerdings leiden alle Vereine unter der aktuellen Regelung. Der Vorstand fordert deshalb den Regierungsrat auf, eine Erhöhung des Kontingents für den Kanton Solothurn zu verhandeln und das Bewilligungsverfahren für die Vereine unbürokratisch zu gestalten und die Anträge wohlwollend zu prüfen.

Erheblicherklärung: 33. A006/2024: Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+

Begründung: Der Vorstand der PG W + G teilt die Meinung des Regierungsrates, dass das EU-Programm Erasmus+ einen zentralen Baustein im europäischen Forschungs- und Bildungsraum darstellt. Für den Schweizer Bildungsbereich ist ein gleichberechtigter Zugang von grösster Bedeutung. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag an die Bildung der Schweizer Jugendlichen und damit an die Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Nichterheblicherklärung: 37. A 031/2024: Auftrag Fraktion Grüne: Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sichern

Begründung: Der Vorstand der PG W + G lehnt eine Erhöhung der Vermögenssteuer und Einführung einer Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen dezidiert ab. Diese gefährden insbesondere auch eigentümergeführte Familienunternehmen. Für den Vorstand bleibt zudem klar, dass es sich bei den finanziellen Problemen des Kantons nicht um ein einnahmeseitiges Problem, sondern um ein strukturelles Ausgabendefizit handelt.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und spannende Session - und freuen uns, wenn die Anliegen des Gewerbes und der Wirtschaft unseres Kantons Gehör finden.

Freundliche Grüsse

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe

**Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe
Hans Huber-Strasse 38
4500 Solothurn**

**032 624 46 24
info@kgv-so.ch
www.wirtschaftspolitik-so.ch**

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.